

Donnerstag (Vormittag), 8. September 2022 / Lundi matin, 8 septembre 2022

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

27 2022.RRGR.18 Motion 007-2022 Bühler (Liebefeld, Grüne)
Kreislaufwirtschaft im Kanton Bern in allen Bereichen vorantreiben

27 2022.RRGR.18 Motion 007-2022 Bühler (Liebefeld, Les Verts)
Encourager l'économie circulaire dans tous les domaines du canton de Berne

Präsident. Es handelt sich um eine Motion, der Regierungsrat beantragt Annahme als Postulat. Wir führen eine freie Diskussion. Ist das Geschäft als Postulat bestritten? – Ja, es ist bestritten. So hat die Motionärin oder die Postulantin das Wort.

Dominique Bühler, Liebefeld (Grüne), Motionärin. Die Schweiz ist abhängig von Rohstoffimporten. Ich denke, das hat auch die heutige Diskussion zum vorhergehenden Traktandum gezeigt. In der heutigen Klima-, Energie- und Sicherheitskrise wird immer deutlicher, wie unsere Lieferkette für befremdende Zwecke instrumentalisiert werden kann, und wie wir gleichzeitig verschwenderisch mit unseren Ressourcen umgehen. Es braucht also unbedingt ein Umdenken und eine Kursänderung. Unsere Natur, die ja eigentlich unsere Lebensgrundlage bestimmt, macht uns vor, wie Kreisläufe funktionieren. Kompostieren ist eines der besten Beispiele. Rüstabfälle werden gesammelt, kompostiert und wieder der Erde und dem natürlichen Kreislauf eingeordnet. Es ist logisch und nötig, dass dieser Kreislauf auch für unsere Wirtschaft möglich ist.

Eine Kreislaufwirtschaft funktioniert, indem Rohstoffe so lange wie möglich und so effizient wie möglich genutzt werden. Gelingt es, die Stoffkreisläufe ökologisch und effizient zu schliessen, können Rohstoffe immer wieder verwendet werden, und genau dies ist das Ziel dieser Motion. Wir fordern, dass in der kantonalen Gesetzgebung oder eben, falls nötig, in der kantonalen Verfassung, die rechtlichen Grundlagen für einen ganzheitlichen Ansatz, für die Kreislaufwirtschaft, geschaffen werden. Wir wollen in Punkt 1, dass der Kanton und die Gemeinden Anreize für ressourcenschonenden Konsum schaffen, in Punkt 2 Stoffkreisläufe schliessen, und in Punkt 3 Daten über die Entweichung von Fremdstoffen erheben und Massnahmen ergreifen.

Jetzt kommt vielleicht die erste, und auch sehr berechtigte, Frage: Wieso brauchen wir überhaupt eine Gesetzgebung auf kantonomer Ebene? Der Regierungsrat ist gemäss seiner Stellungnahme überzeugt, dass die Antwort vor allem auf Bundesebene bei der Teilrevision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (Umweltschutzgesetz, USG) liegt. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir nur einen Blick über die Kantonsgrenzen werfen. Der Zürcher Kantonsrat hat einstimmig entschieden, dass die Kreislaufwirtschaft in der kantonalen Verfassung verankert werden muss, und die Volksabstimmung findet in diesem September statt. Nur so kann der Kanton sich selber eine bindende Aufgabe geben und die Weichen stellen, damit die Kreislaufwirtschaft ein wichtiges Thema für den Kanton ist und bleibt. Der Kanton Zürich hat also deutlich anerkannt, dass die Teilrevision des USG eben nicht genügt, wie der Regierungsrat argumentiert.

Beispielsweise fehlen in der Revision konkrete Ziele zur Senkung des Ressourcenverbrauchs. Somit gibt es übergeordnet keine gemeinsame Orientierung für alle Akteure. Auch ist die Vorlage mit Kann-Formulierungen übersät, die die konsequente Umsetzung von Massnahmen schwächen. Ein anderes logisches Argument für mich ist, dass die Umsetzung der Massnahmen auf kantonomer Ebene liegt. Wieso geben wir uns also nicht auch die Aufgabe selber? Und: Eine Stossrichtung auf kantonomer Ebene ist für die Gemeinden ein wichtiges Zeichen.

Wir sind aber erfreut, dass der Regierungsrat unser Anliegen grundsätzlich unterstützt. Der Regierungsrat ist gewillt, die Kreislaufwirtschaft im Kanton Bern zu fördern und weitere Massnahmen mindestens zu prüfen. Er hat auch bereits verschiedene Kampagnen lanciert.

Aber eben: Im Gegensatz zur Stellungnahme des Regierungsrats in Punkt 1 ist die Gesetzgebung auf Bundesebene nicht genügend zielführend, damit der Kanton wirklich die grossen Schritte machen kann. Auch sind vorhandene kantonale Vorgaben, wie der Regierungsrat in Punkt 2 argumentiert, zum Beispiel in der «Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen» vom 4. Dezember 2015 (Abfallverordnung, VVEA), nicht ausreichend.

Ich habe selber gezwungenermassen das Wort Abfall im Vorstoss gebraucht, aber eigentlich ist das Wort ein Zeichen, dass die Kreislaufwirtschaft noch nicht funktioniert. Alle Verluste oder eben sogenannte Abfälle sollten für andere Prozesse verwertet werden können. Darum ist der Abfall grundsätzlich eine Ressource oder ein Wertstoff, und unsere Verordnungen und Reglemente sollten, den Umständen entsprechend, angepasst werden.

Ich bitte Sie, die Motion in allen Punkten zu unterstützen. Mit einem Ja zur Motion zeigen wir, dass wir dem Kanton Bern die Stossrichtung für eine nachhaltige Wirtschaft vorgeben wollen und konkrete Ziele setzen wollen. Dass es mehr Innovation und Effizienz für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft braucht, ist klar. Aber mit diesem Auftrag stellen wir die Weichen dafür. Wir können dem übermässigen Verbrauch und der Instrumentalisierung unserer Ressourcen entgegenwirken, und der Kanton Bern wird mit einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft widerstandsfähiger gegenüber internationalen Krisen, wie zum Beispiel dem Ukraine-Krieg, und kann durch Innovation seinen Wirtschaftsstandort stärken.

Ich würde mich über eine Unterstützung der Motion freuen. Ich werde der Diskussion auch sehr gut zuhören und, falls sinnvoll, eine punktweise Abstimmung beantragen, oder sonst werden wir sehen, wie wir weitergehen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Meine Kollegin hat diesen Vorstoss – und warum man ihn als Motion überweisen sollte – eigentlich schon bestens begründet. Ich möchte hier ein paar zusätzliche Aspekte einbringen.

«n Wendezeiten ist ein Um- und Neudenken gefragt, weg zum Beispiel vom Verbrauch und hin zur Wiederverwendung und zur Werterhaltung, von Linearität zu Kreisläufigkeit.» Das konnten wir alle in einem Bericht lesen, den wir vorgestern einstimmig zur Kenntnis genommen haben. Es steht nämlich im Editorial des Geschäftsberichts der Berner Fachhochschule (BFH), den der Schulratspräsident und Unternehmer Markus Ruprecht unterschrieben hat. Er hat unter dem Titel «Wendezeit» weiter geschrieben, «Wendezeiten sind auch Chancen, denn sie bieten Möglichkeiten, den Wandel bewusst zu gestalten und sich aktiv vorzubereiten auf eine Zukunft, für die man sich entschieden hat.»

Neben diesen schönen treffenden Worten finden sich im neusten Geschäftsbericht unserer Fachhochschule, wie ein roter Faden, etliche konkrete Taten zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die BFH hat beispielsweise ein neues Studienangebot eingeführt, einen interdisziplinären Masterstudiengang an der HAFL und diverse Bemühungen in den verschiedenen Departementen – von Architektur, Holzbau über Technik und Informatik bis zur Wirtschaft.

Zusammen mit der ETH Zürich hat die BFH die erste repräsentative Studie über den Stand der Kreislaufwirtschaft in den Schweizer Unternehmen gemacht, mit dem Resultat, dass es in 89 Prozent der Unternehmen noch keine oder nur sehr wenige Massnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft gibt.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil die BFH, die sehr stark auf die Bedürfnisse von der Wirtschaft ausgerichtet sein soll, die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft erkannt hat. Sie hat festgestellt, dass die Kreislaufwirtschaft ein grosses Potenzial hat, gerade für die Schweiz, die deutliche Pluspunkte aufweise, um aus dieser Hinwendung zur Kreislaufwirtschaft nachhaltige Wettbewerbsvorteile zu generieren. Die BFH hat in ihrem Bericht auch festgestellt, dass die Kreislaufwirtschaft für den Kanton Bern ein sehr wichtiges Thema sei.

Es ist erfreulich, dass auch der Regierungsrat dies anerkannt hat, und deshalb die Motion wenigstens als Postulat entgegennehmen will. Er führt eigentlich nur zwei Vorbehalte an. Er sagt einer-

seits, er fördere die Kreislaufwirtschaft bereits, und er findet, die geplante Revision des Umweltschutzgesetzes sei zielführend und ausreichend. Diese genüge also, um die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben. Meine Kollegin hat schon darauf hingewiesen, dass das Problem ist, dass die Gesetzesrevision noch gar nicht beschlossen ist. Sie reicht auch nicht, und verschiedene darin enthaltene Neuerungen sind umstritten und werden bekämpft. Auch der Regierungsrat hat in seiner Vernehmlassung in bestimmten Punkten für Abschwächungen plädiert.

Vor allem aber geht aus den Unterlagen zu dieser Umweltschutzgesetzrevision auf Bundesebene klar hervor, dass diese Revision nicht alle Bereiche abdecken kann, und dass auch die Kantone gefordert sind, insbesondere in denjenigen Bereichen, die in der Kompetenz der Kantone liegen. Die Kantone sind beispielsweise zuständig für die Förderung der Kreislaufwirtschaft zum Thema Energie im Gebäudebereich, und da braucht es gemäss den erwähnten Unterlagen insbesondere Grenzwerte für graue Energie im Gebäudebereich. Mit solchen Grenzwerten könne man die Nachfrage nach Baumaterialien und Bauweisen mit tiefer grauer Energie stimulieren. Dies trage dann zur Entwicklung und zur Wettbewerbsfähigkeit von entsprechenden Produkten bei und so würde die Kreislaufwirtschaft auch die Ressourcenschonung stärken.

Wichtig wäre, um einen weiteren Bereich, in dem die Kantone angesprochen sind, zu erwähnen, dass die Kantone im Baubereich eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Der Bund kann sie nicht dazu zwingen, die Kantone müssten diese Vorbildfunktion in ihren eigenen kantonalen Gesetzgebungen verankern.

Nur schon diese Beispiele zeigen, dass der Handlungsbedarf zur Förderung der Kreislaufwirtschaft weder durch die geplanten Bundesvorschriften noch durch die bereits laufenden kantonalen Massnahmen abgedeckt werden kann. In der Aufzählung, die ja der Regierungsrat in seiner Antwort gemacht hat, kommen vor allem Massnahmen aus dem Bereich Abfall vor. Die Kreislaufwirtschaft muss aber breiter, ganzheitlich verstanden und auch in anderen Bereichen gefördert werden.

Und jetzt komme ich noch zu einer pikanten grundsätzlichen Bemerkung des Regierungsrats in seiner Vernehmlassung zur geplanten Umweltschutzgesetzrevision: Er hat darauf hingewiesen, in den Grundsätzen seiner Stellungnahme, dass die Verwendung von einheimischem Holz wichtig und von zentraler Bedeutung sei. Er hat geschrieben, dies garantiere eine nachhaltige Produktion, es unterstütze die Sicherung von anderen Ökosystemleistungen des Waldes, beispielsweise die Schutzwaldpflege, die Biodiversität, und es unterstütze auch die Anpassung des Waldes an den Klimawandel, und durch die kurzen Transportwege von einheimischem Holz werde graue Energie eingespart. Mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft wird auch die Verwendung von Schweizer Holz gefördert. Vielleicht können wir auf diesem Weg mehr tun, als mit einer Option im Rahmen einer WTO-Ausschreibung.

Ich bitte Sie auch hier darum: Setzen Sie damit ein Zeichen für das Schweizer Holz und vor allem für die Förderung der Kreislaufwirtschaft und stimmen Sie der Motion zu.

Martin Egger, Frutigen (GLP), Fraktionssprecher. Kreislaufwirtschaft – wenn nicht jetzt, wann dann? Immer höhere Energiekosten, Rohstoffkosten, Rohstoffmangel, Wasserknappheit, Energiekosten, die explodieren, Wasserproblematik und daraus auch grosse Kosten, Versicherungskosten, Gesundheitskosten, CO₂-Ausstoss, all diese Dinge sind Probleme, mit denen wir uns im Moment herumschlagen. Wir brauchen neue Geschäftsmodelle, Produkte und Dienstleistungen, mit denen die nötigen Ressourcen immer und immer wieder genutzt werden können. Möglichst keine linearen Geschäftsmodelle mit globaler Logistik, sondern Geschäftsmodelle, die in diesem Endlos-Kreislauf regional umgesetzt werden können – und das nennt man Wirtschaftskreisläufe.

Mit den neuen Geschäftsmodellen werden bei richtiger Umsetzung nicht nur positive ökologische Impacts erzielt, sondern sie sichern den Unternehmen auch langfristig finanzielle Renditen mit deutlich weniger internationaler Abhängigkeit. Weiter wird mit den regionalen Kreislaufmodellen eben eine Basis für starke regionale soziale Strukturen gelegt.

Die Kreislaufwirtschaft ist die Zukunft für unsere nächste Generation. Vor allem die Verwaltungen im Kanton sind jetzt gefordert. Mit dem vorliegenden Vorstoss wird der Dringlichkeit Rechnung getragen: Einfach zusammen anfangen und zusammen machen. Die nächste Generation wird uns dankbar sein. Deshalb unterstützt die GLP mehrheitlich die Punkte 1 und 2 als Motion und den Punkt 3

als Postulat. Die Kreislaufwirtschaft soll unbedingt auch im Kanton Bern im Bereich gefördert werden.

Präsident. Die Übersetzung ist gerade ausgefallen, hoffen wir, dass sie nachher wieder geht. Wir versuchen es.

Ernst Wandfluh, Kandergrund (SVP), Fraktionssprecher. Kreislaufwirtschaft. Martin Egger hat mir vorhin gerade etwas in Erinnerung gerufen. Ich bin ein einfaches Bergbauerlein und die Mitglieder der SVP stehen den Bauern sehr nahe. Kreislaufwirtschaft – ich glaube, ich habe etwa 1993 meine Ausbildung zum Bauern gemacht. Schon damals haben wir gelernt, was das heisst. Für uns ist die Kreislaufwirtschaft eine Selbstverständlichkeit. In der Antwort des Regierungsrats steht, dass wir diese ernst nehmen, dass dies eigentlich jetzt schon gemacht wird, und dass sie im Abfallgesetz schon geregelt ist. Für uns genügt das, umso mehr, wenn man sieht, dass auf eidgenössischer Ebene auf diesem Gebiet momentan noch viel läuft. Das wurde von den Motionären auch gesagt. Wir von der SVP können der Motion nicht zustimmen. Wir haben uns dann dazu durchgerungen, dass wir einem Postulat zustimmen könnten bei gleichzeitiger Abschreibung. Auch bei einer Motion würden wir die Abschreibung beantragen. Damit das klar ist: Egal, was hier allenfalls angenommen würde, wir würden die Abschreibung beantragen.

Jetzt muss ich trotzdem noch etwas sagen zum Thema Kreislaufwirtschaft: Meine lieben Grünen, Sie sind mir sehr sympathisch, Sie wissen das, wir haben auch schon das eine und das andere zusammen gemacht. Foodwaste, Kreislaufwirtschaft, ich sage Ihnen etwas Kleines: Bei der Tofu-Produktion entsteht ungefähr achtzig Prozent Abfall, und dieser geht dann in die tierische Ernährung. Da kann ich einfach beim besten Willen nicht begreifen, dass Sie jetzt eine Massentierhaltungs-Initiative unterstützen und damit den Tierbestand senken wollen.

Wenn Sie für eine aktive Kreislaufwirtschaft sind, dann brauchen wir in der Schweiz Nutztiere für diejenigen, die gerne Tofu wollen, um diesen Abfall verfüttern zu können. Das ist für mich auch Foodwaste, wenn nachher solche Abfallprodukte, auch wenn sie vegetarisch sind, in den Abfall gehen. Das ist auch Foodwaste. Bitte berücksichtigen Sie dies nächstes Mal, wenn wieder eine solche Initiative kommt.

Jürg Rothenbühler, Rüderswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich möchte nicht so weit ausholen. Die Kreislaufwirtschaft sollte eigentlich heute allen bekannt sein, respektive es ist ja ein sehr wichtiges Thema. Ich sage sogar, dass heute jedenfalls das Thema Recycling bei den Schweizern in der DNA ist. Wer sammelt und wer trennt so viel, und so weiter? Das können wir, darin sind wir Weltklasse. Aber wir wissen alle, dass zur Kreislaufwirtschaft eben nicht nur das organisierte Wegschmeissen von Müll gehört, sondern auch Themen wie teilen, wiederverwerten, flicken und so weiter. Da könnte man ziemlich lange aufzählen.

In vielen Gemeinden – eben aber nicht in allen, das ist so – wird das Thema heute schon bewirtschaftet oder zumindest darüber gesprochen. Auch im Kanton, das konnten wir ja lesen. Für die Mitte-Fraktion ist das Thema sehr wichtig. Doch der Faktor, dass das Thema im Moment auf nationaler Ebene diskutiert und überprüft wird, hat uns jetzt dazu bewogen, dass wir einer Motion nicht zustimmen würden, wohl aber dem Postulat, wie dies der Regierungsrat vorschlägt.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Der schonende Umgang mit Ressourcen, der Nicht-Verbrauch von Energie und Rohstoffen ist ein grosser Hebel, der weder bei der Reduktion von CO₂, noch beim Energiekonsum ganz allgemein, vollständig ausgenutzt wird. Es braucht ein gesellschaftliches, wirtschaftliches und politisches Umdenken. Wir müssen wegkommen von der Konsum- und Verbrauchsgesellschaft, hin zu einer Wiederverwertungsgesellschaft – das Flicken von Gegenständen beispielsweise, wie der Vorredner gesagt hat.

Es geht dabei aber um mehr, als nur PET-Flaschen getrennt zu sammeln. Am besten trinken wir die Getränke nämlich gar nicht aus PET-Flaschen, dann sparen wir auch das PET der Flaschen. Es geht um mehr, als Batterien und Leuchtmittel ins Geschäft zurückzubringen. Es geht darum, dass Abfälle vermieden werden und in einen neuen Produktionskreislauf zurückgebracht werden können,

dass sie am Schluss des ursprünglichen Nutzens eben nicht verbrannt werden, dass man möglichst hochwertige Sekundärstoffe recyceln kann.

Je nach Rohstoff und Recycling ist es aber nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll, sondern es ist auch aufgrund der zunehmend erschwerten Beschaffung von Material unbedingt notwendig, dass wir Dinge wiederverwenden.

Die Konsumentinnen und Konsumenten würden die Abfälle nämlich zurück in die Geschäfte bringen, wenn sie entsprechende Anreize hätten. Deutschland ist Meister im Recycling von PET-Flaschen und Glasflaschen, weil dort jeder ein paar Rappen zurück erhält, wenn er seine Flasche zurückbringt. Der Konsument, die Konsumentin sparen aber auch Kehrrichtgebühren, wenn sie Wertstoffe kostenlos abgeben können und nicht einfach in den Sack schmeissen. Solche Modelle kann man noch auf ganz andere Bereiche adaptieren. Das muss nicht unbedingt ein Pfandmodell sein. Es gibt diverse innovative Lösungen.

Die EVP unterstützt darum die Punkte 1 und 2 als Motion. Punkt 3 ist für die EVP-Fraktion schwer zu fassen, und wir sehen ein Fragezeichen, wie das Erheben der Daten zu den entweichenden Fremdstoffen sinnvoll eingegrenzt werden soll und wie man an einer wirkungsvollen Ecke beginnen soll. In diesem Punkt scheint es uns sinnvoll, angesichts der beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen, dass man auf die Umsetzung auf Bundesebene wartet, daraus dann aber eigene, auf die Gegebenheiten des Kantons Bern zugeschnittene Massnahmen zur Verringerung von solchen entweichenden Schadstoffen festlegt.

Präsident. Ich stelle fest, dass eine punktweise Abstimmung verlangt wird.

Reto Müller, Langenthal (SP), Fraktionssprecher. Das ist nicht die allerletzte Antifa-Mode. Ich bin erkältet, und wir haben auf der Stadtverwaltung gewisse Fälle, und bevor wir hier entweichende Fremdstoffe haben, egal welches Virus es ist, behalte ich jetzt halt wieder diese Maske an. Vor ein paar Monaten haben wir übrigens noch alle so ausgesehen.

Zum Thema. Wir haben im Bereich Abfall in den letzten Jahren und Jahrzehnten bereits viel gelernt. Zum Beispiel haben wir in Langenthal eine «Burri-Grube», wo die Familie Burri Kiesabbau betrieben hat. Als das Kies draussen war, hat man Abfall eingelagert, Bauschutt und Müll. Danach hat man die Grube mit wenig Humus zugeschüttet, und sie der Stadt, respektive damals der Gemeinde, geschenkt. Das heisst, jemand hat verdient beim Ausbau, beim Einlagern, und jetzt gehört sie der Allgemeinheit. Dass man das heute nicht mehr so macht, ist zumindest ein grosser Fortschritt.

Aber wir haben immer noch ein lineares Wirtschaftssystem. Wir holen die Rohstoffe, es wurde schon gesagt, wir produzieren etwas, wir brauchen es, und dann deponieren – oder heutzutage – verbrennen wir es. Und es ist dort auch so, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein riesiges Wachstum stattfand. Wir verbrauchen immer mehr, es gibt immer mehr Menschen, und immer mehr Leute, die auch nach unserem Standard leben wollen. Es wird viel mehr produziert, und deshalb wird auch viel mehr deponiert und viel mehr verbrannt.

Es wurde auch schon beschrieben, was eben der ganzheitliche Ansatz sein soll, was der Gesamtkreislauf eigentlich darstellen müsste, von der Rohstoffgewinnung über das Design, die Produktion und die Distribution eines Produkts bis zu seiner möglichst langen Nutzungsphase und zum Recycling. Die Gründe wurden schon genannt. Wir haben sehr, sehr wenig eigene Rohstoffe, äh Holz. Sorry, wenn du dich gestern persönlich angegriffen gefühlt hast, das war nicht so gemeint. Ich komme gerne einmal schauen.

Holz ist super, Wasser auch, aber dann müssen wir auch schauen, wie wir mit den Sachen umgehen, die wir eben nicht haben. Wir können leider kein Handy, keinen Computer, keine Autos aus reinem Holz und mit reiner Wasserkraft machen – bis jetzt jedenfalls. Gut, Herr Vanoni wird mir jetzt vielleicht widersprechen. Aber das werden wir sehen.

Daher ist es uns wichtig, dass wir auf diesem Weg weiterfahren. Wir haben uns jeweils Recycling-Weltmeisterinnen und –Weltmeister geschimpft, das habe ich schon länger nicht mehr gehört. Wahrscheinlich sind wir längst von anderen Ländern überholt worden, aber wir müssen auf diesem Weg der Kreislaufwirtschaft jetzt weitergehen, und anfangen, umzudenken und auch unser System

anzupassen, sonst geht es nicht. Die SP-JUSO-Fraktion ist in allen Punkten einig mit der grünen Fraktion und wir werden so abstimmen, wie sie stimmen.

Bruno Riem, Wichtrach (FDP), Fraktionssprecher. Wir von der FDP finden den sorgfältigen Umgang mit Rohstoffen und deren Wiederverwertung sehr wichtig. Wie von den Motionären gewünscht, fördern der Kanton und der Bund die Kreislaufwirtschaft bereits mit verschiedenen Massnahmen und Projekten. Wie Sie schon gehört haben, wird auf Bundesebene in Kürze die Teilrevision des Umweltschutzgesetzes abgeschlossen sein. Auch dieses enthält wirksame Massnahmen für eine bessere Ressourcenschonung. Wir von der FDP sind die gegen die Motion. Wir sind für die Wandlung in ein Postulat mit anschliessender Abschreibung.

Dominique Bühler, Liebefeld (Grüne), Motionärin. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die angeregte Diskussion und die mehrheitliche Unterstützung dafür, dass wir im Kanton Bern vorwärtskommen im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Wir haben gehört, es ist ein wichtiges Thema für unsere kantonale Forschung, und in den meisten Unternehmungen gibt es noch Luft nach oben. Wir haben auch gehört, dass wir Weltmeister im Recycling sind, aber trotzdem ist unser Konsum noch zu hoch, und es wurde zum Teil unterstützt, dass wir eine kantonale Gesetzgebung brauchen, weil eben das Umweltschutzgesetz auf Bundesebene noch nicht in Kraft ist, und leider durch unterschiedliche Interessen abgeschwächt wird.

Von der GLP habe ich gehört, sie möchte in der heutigen Lage ein neues Geschäftsmodell. Nutzen wir doch die Krise als Chance und setzen wir unsere Anstrengungen auf eine innovative und nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Und noch zur SVP: Heute habe ich also gelernt, dass wir Foodwaste für unsere Landwirtschaft brauchen, und dass wir irgendwie solidarisch sein sollten, oder ich weiss nicht, ob ich dich hier falsch verstanden habe, Ernst. Wir leben immer noch mit einem Fleischkonsum, der über unserem Fussabdruck ist. Ich habe das auch schon an einem Podium gesagt, wir könnten mit dreissig Prozent dieses Fleischkonsums sehr gut und gesund leben.

Von der GLP und EVP habe ich zwar Unterstützung für die Punkte 1 und 2 und dafür bedanke ich mich, aber wegen der Mehrheitsverhältnisse werde ich in ein Postulat umwandeln. Es wurde zusätzlich auch eine Abschreibung verlangt, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Der Kanton hat ja die Massnahmen, die hier in der Teilrevision des Umweltschutzgesetzes gefordert werden, logischerweise noch nicht umgesetzt, weil das Gesetz eben noch in Revision ist. Also ist der Auftrag überhaupt nicht erfüllt. Ich bin bereit, zu wandeln, aber ich bitte Sie wirklich, der Abschreibung nicht zustimmen. Das macht überhaupt keinen Sinn. Merci vielmals für die gute Aufnahme.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Die Kreislaufwirtschaft hat nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile, oder um es auf Berndeutsch zu sagen: «Man spürt es im Portemonnaie und es hilft der Natur». Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Entwicklung eines zirkulären Wirtschaftssystems viele Vorteile bietet. Eine Branchenlösung, um Kunststoff zu sammeln, wird jetzt kommen, und darüber sind wir froh. Der Regierungsrat fördert aus diesem Grund die Kreislaufwirtschaft bereits durch Massnahmen im Sachplan Abfall. Damit kann man Stoffkreisläufe schliessen, den schonenden Umgang mit Rohstoffen und Materialien umsetzen.

Damit der Kreislaufgedanke aber funktioniert, müssen alle Akteurinnen und Akteure entlang der Versorgungs- und Wertschöpfungskette, müssen auch die Konsumierenden einbezogen werden. Der Kanton Bern unterstützt vor diesem Hintergrund bereits verschiedene Kampagnen betreffend die Vermeidung von Abfall. Sie haben das zum Teil schon gehört: «Save food, fight waste» oder «Littering Toolbox».

Wir erachten es aber als am zielführendsten und nachhaltigsten, wenn man zuerst die Vorgaben auf nationaler Ebene erlässt, beispielsweise im Umweltschutzgesetz, das jetzt schon mehrfach zitiert wurde. Die Teilrevision des Umweltschutzgesetzes sieht auch Massnahmen für die Schonung von Ressourcen vor. Der Kanton hat in der Vernehmlassung diese Massnahmen unterstützt. Wir haben die Überzeugung, dass sie geeignet sind, aber wir wollen warten, um nach Vorliegen der definitiven Bundesvorgaben weitere Massnahmen zu prüfen, und vor diesem Hintergrund beantragen wir als Regierungsrat: Nehmen Sie die Motion als Postulat an.

Präsident. Somit kommen wir zur Abstimmung. Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt, es wurde eine punktweise Abstimmung verlangt und zugleich die Abschreibung in diesen Punkten. Wir kommen zu Punkt 1: Wer dem Punkt 1 als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	111
Nein / Non	33
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dem Punkt 1 zugestimmt.

Wir befinden noch über die Abschreibung: Wer den Punkt 1 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	64
Nein / Non	81
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie wollen diesen Punkt nicht abschreiben.

Dann kommen wir zu Punkt 2: Wer dem Punkt 2 als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	118
Nein / Non	29
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dem Punkt 2 zugestimmt.

Kommen wir auch hier zur Abschreibung: Wer den Punkt 2 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	63
Nein / Non	82
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch den Punkt 2 nicht abgeschrieben.

Wir kommen zu Punkt 3: Wer den Punkt 3 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	104
Nein / Non	43
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch dem Punkt 3 zugestimmt.

Es geht auch hier noch um die Abschreibung: Wer den Punkt 3 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.18: Ziff. 3, Abschreibung / ch. 3, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	73
Nein / Non	74
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Ganz knappe Verhältnisse: Sie haben auch den Punkt 3 nicht abgeschrieben.